

Jahresbericht 2022

Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe

Foto: Bernhard Bouzek



Jahresbericht 2022

Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe

Inhalt

1.	VORWORT.....	4
2.	ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT.....	5
2.1.	BHUTAN.....	7
2.2.	BURUNDI.....	9
2.3.	INDIEN.....	11
2.4.	INDIEN.....	13
2.5.	INDIEN.....	15
2.6.	IRAK.....	17
2.7.	KENIA.....	19
2.8.	DR KONGO.....	21
2.9.	MOLDAU.....	23
2.10.	NEPAL.....	25
2.11.	NORDMAZEDONIEN.....	27
2.12.	SIERRA LEONE.....	29
2.13.	SIMBABWE.....	31
2.14.	ENTWICKLUNGSPOLITISCHES LEITPROJEKT IN ALBANIEN.....	33
3.	HUMANITÄRE HILFE.....	36
3.1.	SPITALSGÜTER UND SCHULMÖBEL FÜR DIE UKRAINE.....	36
3.2.	WIENER EINSATZFAHRZEUGE FÜR DIE UKRAINE.....	41
3.3.	WIENER WEIHNACHTSAKTION FÜR KINDER IN DER UKRAINE.....	46
3.4.	WIEN HILFT PODGORICA, MONTENEGRO.....	47
3.5.	SPITALSGÜTER FÜR DIE REPUBLIK MOLDAU.....	49
3.6.	HILFSGÜTER FÜR NOTUNTERKÜNFTE IN WARSCHAU.....	51
3.7.	TECHNISCHE HILFE FÜR BOSNIEN-HERZEGOWINA.....	52
3.8.	TECHNISCHE HILFE FÜR NORDMAZEDONIEN.....	53
3.9.	UNTERSTÜTZUNG SONSTIGER HUMANITÄRER HILFSTRANSPORTE.....	54
4.	ENTWICKLUNGSPOLITISCHE BILDUNGSARBEIT.....	55

Jahresbericht 2022

Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe

4.1.	FACHTAGUNG "ENTWICKLUNG FINDET STADT"	55
4.2.	SÜDWIND STRAßENFEST	57
4.3.	FIAN-FILMTAGE	58

Jahresbericht 2022

Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe

1. Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser!



Nach zwei Jahren globaler Covid-19-Pandemie war 2022 vom Krieg Russlands gegen die Ukraine gekennzeichnet. Tod, Zerstörung und die Vertreibung von Millionen Menschen haben uns schockiert, uns aber auch zur Hilfe für die Betroffenen aufgefordert. Die Stadt Wien hat sich von Anfang an klar gegen diesen Angriffskrieg ausgesprochen und Solidarität mit den Opfern gezeigt. Dies geschah sowohl durch die Aufnahme von Vertriebenen aus der Ukraine in Wien, als auch durch die Fortsetzung und Intensivierung der Humanitären Hilfe für die Menschen in der Ukraine. Durch die Lieferung von hochwertiger medizintechnischer Ausstattung sowie durch die Bereitstellung von Feuerwehr- und Rettungsfahrzeugen konnten die notleidenden Menschen vor Ort tatkräftig unterstützt werden.

Der Beitrag Wiens bei der Entwicklungszusammenarbeit lag vergangenes Jahr schwerpunktmäßig beim Thema „Armut beseitigen“ und rückte somit das Weltentwicklungsziel „Keine Armut“ (SDG 1) in den Fokus. Es muss uns allen bewusst sein, dass Menschen, die in absoluter oder relativer Armut leben, nur dann bessere Entwicklungschancen vorfinden werden, wenn die menschlichen Grundbedürfnisse ausreichend gedeckt sind und vor allem bessere Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen zur Verfügung stehen. Alle dreizehn durch die Stadt Wien ko-finanzierten Projekte in Afrika, Asien und Osteuropa stellen in ihrer Konzeption eine gute Kombination aus Maßnahmen zur Armutsreduktion, zum Wissensaufbau und dem Empowerment von Frauen dar. Auch wenn die Erreichung der Ziele der Agenda 2030, bedingt durch die zahlreichen Krisen, schwieriger erscheint, bleibt die Stadt Wien weiterhin ein verlässlicher Partner bei der Bekämpfung der weltweiten Armut.

Ein gutes Beispiel für das intensivierte internationale Engagement ist das Wiener EZA-Leitprojekt in Albanien, das bereits seit zwei Jahren in Umsetzung ist. Durch die Ermöglichung einer qualitätsvollen Berufsausbildung werden junge Menschen neue Jobperspektiven in den Bereichen Tourismus und Informationstechnologien nützen können.

Angesichts der weltweit zunehmenden Krisen hat die Stadt Wien 2022 ihren Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit und Humanitären Hilfe weiter gesteigert und damit Menschen in Ländern des Globalen Südens neue Zukunftschancen eröffnet.

Der vorliegende Jahresbericht zeigt eindrucksvoll, wie effizient die Stadt Wien gemeinsam mit ihren Partnerinnen und Partnern auch im herausfordernden Jahr 2022 weltweit solidarisch wirken konnte. Ich danke allen Mitwirkenden herzlich für das große Engagement in schwierigen Zeiten!

KR Peter Hanke

Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke

2. Entwicklungszusammenarbeit

Als eines der größten Probleme der Gegenwart geht Armut uns alle an: In unserer politisch und wirtschaftlich eng verflochtenen Welt müssen die Ursachen von Armut auf allen Ebenen und in gemeinsamer Verantwortung hinterfragt werden. Zudem sind die Folgen von Armut nicht nur in den besonders betroffenen Ländern selbst, sondern auch bei uns zu spüren. Der weltweite Einsatz gegen Armut und für bessere Lebensbedingungen ist daher eine der wichtigsten Aufgaben der internationalen und auch der Wiener Entwicklungszusammenarbeit.

Der Entwicklungsausschuss der OECD (DAC) versteht unter Armut die Unfähigkeit, menschliche Grundbedürfnisse zu decken. Zu diesen Bedürfnissen gehören vor allem der Konsum und die Sicherheit von Nahrungsmitteln, Gesundheitsversorgung, Bildung, Ausübung von Rechten, Mitsprache, Sicherheit und Würde sowie menschenwürdige Arbeit.

Als absolute Armut ist dabei ein Zustand definiert, in dem sich ein Mensch die Befriedigung seiner wirtschaftlichen und sozialen Grundbedürfnisse nicht leisten kann und weniger als 1,90 US-Dollar pro Tag zur Verfügung hat.

Relative Armut beschreibt Armut im Verhältnis zum jeweiligen gesellschaftlichen Umfeld eines Menschen. Als relativ arm gilt, wessen Einkommen weniger als 50 oder 60 Prozent des mittleren Einkommens der Einwohner*innen eines Landes beträgt. Je nach Wohlstand eines Landes liegt das Einkommen einer Person somit zwischen 3,20 und 5,50 US-Dollar pro Tag.

Nach Berechnungen der Weltbank lebten vor der Corona-Pandemie weltweit rund 700 Millionen Menschen in absoluter Armut. Einer Schätzung der Weltbank zufolge könnte 2021 die Zahl von Menschen in absoluter Armut durch die Corona-Pandemie um bis zu hundert Millionen Menschen gestiegen sein und bis Mitte 2022 sogar auf 850 Millionen Menschen steigen. Betrachtet man Armut mehrdimensional, sind sogar 1,3 Milliarden Menschen betroffen.

Das Ziel 1 der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung lautet, Armut in jeder Form und überall zu beenden. Zu diesem Ergebnis kommt der sogenannte „Multidimensional Poverty Index“ des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP). Er misst, wie stark ein Haushalt unter Entbehrungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Lebensstandard leidet.

Die Weltgemeinschaft weiß, dass der Erfolg im Kampf gegen die Armut nur gemeinsam erzielt werden kann. Mit den Sustainable Development Goals (SDGs) haben sich alle Staaten verpflichtet, die drängendsten Herausforderungen für die Zukunft unseres Planeten gemeinsam anzugehen. An erster Stelle steht dabei das Ziel, extreme Armut in allen Formen zu beseitigen.

Dies wird nur gelingen, wenn die Ungleichheiten innerhalb der Staaten reduziert werden. Das Agenda-2030-Prinzip "Niemanden zurücklassen" (leave no one behind) erfordert, die besonderen Bedürfnisse der Ärmsten und am stärksten Benachteiligten zu berücksichtigen. Sie sollen durch Maßnahmen zur Armutsreduzierung als erste erreicht und auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung mitgenommen

Jahresbericht 2022

Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe

werden. Bis 2030 soll kein Mensch auf der Welt mehr in extremer Armut – das heißt mit weniger als 1,90 US-Dollar pro Tag – leben müssen. Auch die Zahl der Menschen in relativer Armut, gemessen an nationalen Definitionen, soll zumindest halbiert werden. Alle Menschen sollen durch soziale Sicherungsleistungen abgesichert sein, gleiche Rechte und Chancen beim Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen, Vermögen und natürlichen Ressourcen haben. Die Widerstandsfähigkeit von Menschen in Armut gegenüber klimabedingten Extremereignissen und wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Schocks soll gestärkt werden.

Der „Call for Proposals 2022“ der Stadt Wien stützte sich daher inhaltlich auf das SDG 1 und alle anderen damit verbunden Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen und vergab Förderungen für EZA-Projekte, deren Zielgruppe Menschen sind, die in absoluter Armut oder relativer Armut leben.

Zur Verbesserung der Lebensumstände der oben genannten Zielgruppen sollten Projektvorschläge in den folgenden Sektoren erarbeiten werden:

1. Deckung der menschlichen Grundbedürfnisse (Wohnen, Nahrung, Wasser)
2. Grundlegende Schulbildung (Primar- und Sekundarschulbildung)
3. Grundlegende Berufsausbildung
4. Einkommensschaffende Maßnahmen
5. Basisgesundheitsversorgung
6. WASH-Projekte (Trinkwasserversorgung, Sanitärversorgung, Hygiene)
7. Inklusion
8. Mikrokredite und dörfliche Krankenkassen



Grafik: UNO

2.1. Bhutan



Projektland: Bhutan

Hauptstadt: Thimphu

Größe: 46.500 km²

Einwohnerzahl: 2,1 Mio.

Sprachen: Dzongkha, Englisch u.a.

Human Development Index (HDI): 0.666 (127.)

Projektträger: Verein der Freunde Bhutans

Laufzeit: 1. November 2022 bis 31. März 2024

Förderung: EUR 29.000,-

Titel: „Mini-Motorpflüge für Bergbäuerinnen durch Mikrokredite/Bhutan“

Ausgangslage:

Bhutan ist ein südasiatischer Kleinstaat im Himalaya. Die volkswirtschaftliche Basis Bhutans ist vergleichsweise schmal und beschränkt sich hauptsächlich auf die Landwirtschaft, die allerdings wenig produktiv ist und weitgehend durch ein Subsistenzniveau bestimmt ist. Reisüberschüsse werden nicht produziert, vielmehr ist die Regierung gezwungen, Reis zur Versorgung der Bevölkerung zu importieren. Mit dem zu erwartenden Bevölkerungswachstum wird sich Bhutan vermutlich künftig mit Problemen der Nahrungsmittelversorgung konfrontiert sehen. In den letzten Jahren wuchs die Wirtschaftsleistung jedoch deutlich und der Lebensstandard verbesserte sich.

Bhutan weist ein deutliches regionales Entwicklungsgefälle auf. Während der Westen wirtschaftlich von Wasserkraftprojekten profitiert, hinken Zentral- und Ostbhutan wirtschaftlich deutlich nach. Die ländliche Armut ist speziell im Distrikt Lhuntse, im Nordosten des Landes, dramatisch. Die Bergbauernfamilien leben dort seit Generationen von der Subsistenzwirtschaft. Drei Viertel der verfügbaren Fläche bestehen zwar aus grundsätzlich sehr fruchtbarem Boden, doch die Männer verlassen die Dörfer, um in den Städten Arbeit zu finden. Zurück bleiben die Bäuerinnen gemeinsam mit den Kindern und Alten. Da die männliche Arbeitskraft fehlt, um die traditionelle Anbauweise mit dem Ochsenpflug auszuüben, liegen viele Felder brach und die ganzjährige Nahrungsmittelversorgung mit Reis wird immer prekärer. Die Abwanderung der Männer und die Führung der Haushalte und der kleinlandwirtschaftlichen Betriebe durch Frauen, bedeutet eine enorme Herausforderung. Ohne Einsatz von Maschinen ist diese Arbeit weder ökonomisch sinnvoll noch physisch durch die Frauen erbringbar.

Jahresbericht 2022

Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe

Maßnahmen:

Der „Verein der Freunde Bhutans“ wird daher in Partnerschaft mit der lokalen „Tarayana Foundation“ ein fünfzehnmonatiges Projekt zur Verbesserung der Anbaumethoden durch den Einsatz von Mini-Motorpflügen umsetzen. Der Projektvorschlag beruht auf einem Pilotprojekt von 2021. Die Vergabe von Kleinkrediten ist eine sinnvolle Interventionsmaßnahme, benötigt aber eine gewissenhafte Projektbegleitung, die gegeben ist. Zielgruppe sind 35 Frauen, die als Subsistenzbäuerinnen an der Armutsgrenze von EUR 1,18/Tag leben.

Mit dem Einsatz von Mini-Pflügen soll ein Überschuss erwirtschaftet werden, durch dessen Verkauf die Kreditraten beim Maschinenverkäufer beglichen werden. Die Zielsetzung ist realistischer Weise erreichbar zumal schon in der Praxis in Bhutan erprobt. Die Bäuerinnen bezahlen die Kosten für den Pflug (ca. EUR 1.000) zurück, sodass mit den Rückflüssen in den Folgejahren fünfzehn Bäuerinnen pro Jahr unterstützt werden können. Das Projektziel ist betriebswirtschaftlich hochgradig nachhaltig und gut mit dem nationalen Entwicklungsplan abgestimmt. Das Projekt wird durch die Verbesserung der Anbaumethoden, der Ernährungssicherung und der Stärkung der Rolle der Frauen als Haushaltsvorstand einen nachhaltigen Beitrag zur Erfüllung des SDG 1 leisten.



Ein neuer Motorpflug im Einsatz. Foto: Verein der Freunde Bhutans

2.2. Burundi



Projektland: Burundi

Hauptstadt: Gitega

Größe: 27.830 km²

Einwohnerzahl: 12,7 Mio.

Sprachen: Kirundi, Französisch u.a.

Human Development Index (HDI): 0.426 (187.)

Projektträger: HOPE '87

Laufzeit: 1. November 2022 bis 31. Oktober 2023

Förderung: EUR 30.000,-

Titel: „Ein gemeinschaftlicher Reisspeicher für die Frauen von Munyika“

Ausgangslage:

Burundi ist ein kleiner Binnenstaat in Zentralafrika mit einer Fläche von 27.834 km² und einer geschätzten Bevölkerung von rund dreizehn Millionen. Es ist eines der am dichtest besiedelten Länder Afrikas mit einer Bevölkerungsdichte von etwa 430 Bewohner*innen pro Quadratkilometer und liegt beim Human Development Index der Vereinten Nationen an 185. Stelle von 189 erfassten Ländern. Aktuell leben 87 Prozent der burundischen Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Die Ernährungssicherheit ist in einigen Provinzen extrem prekär, was vor allem auf strukturelle Faktoren wie Landknappheit und unfruchtbare Böden sowie auf konjunkturelle Faktoren wie Preissteigerungen, Klimaschwankungen und Pflanzenkrankheiten zurückzuführen ist. Infolge dessen sind 1,4 Millionen Menschen von Hunger und Unterernährung betroffen.

Maßnahmen:

Die entwicklungspolitische Organisation HOPE'87 wird daher in Kooperation mit der lokalen Schwesterorganisation „ONG HOPE'87 Burundi“ ein einjähriges Projekt zur Verbesserung der Ernährungssicherheit im Bezirk Munyika umsetzen. Seit einigen Jahren wird in der im Nordwesten gelegenen Provinz das sumpfige Land urbar gemacht und zur Steigerung der Nahrungsmittelsicherheit Reis angebaut, damit soll sich nachhaltig die Versorgungssicherheit verbessern.

Der lokale Projektpartner setzt seit 2019 in der vorgeschlagenen Projektregion ein Bildungsprojekt um und hat daher einen guten Zugang zur Zielgruppe. Das Projektdesign fußt auf einer vor Ort durchgeführten Bedarfsanalyse und fokussiert auf die Bedürfnisse der Ernährungssicherheit mit dem vergleichsweise neuen Anbauprodukt Reis. Die Zielgruppe des Projekts ist die dörfliche Bevölkerung, die

Jahresbericht 2022

Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe

in einer prekären Nahrungsmittelsituation lebt. Diese soll geschult und ein Reisspeicher errichtet werden. 250 Bauern und Bäuerinnen sollen befähigt werden, Reis für den Eigenbedarf und für die Vermarktung zu produzieren, 150 Personen sollen die Möglichkeit zur Einlagerung von Saatgut erhalten. Zur Realisierung der Ziele verfolgt das Projekt einen mehrdimensionalen Ansatz. Zunächst erfolgen Schulungen zu landwirtschaftlichen Techniken und Praktiken, die den Reisanbau betreffen, danach wird ein Gemeinschaftsspeicher für Reis aus lokalen Materialien errichtet. Weiters werden Schulungen zu Nachernteverfahren angeboten. Um die Einkommenssituation der Menschen zu verbessern, wird eine Schulung in Spar- und Kreditvereinigungen und zu nachhaltigen einkommensschaffenden Aktivitäten durchgeführt. Die Zielsetzung ist durch die geplante Produktions- und Vermarktungskette sinnvoll und realisierbar.

Das Projekt dient der Verbesserung der Ernährungssicherheit in Burundi, einem der ärmsten Entwicklungsländer in Afrika. Die Unterernährung bei einer gleichzeitig rasch anwachsenden Bevölkerung muss nachhaltig bekämpft werden. Die in den vergangenen Jahren in der Projektregion begonnenen Maßnahmen zum Anbau von Reis müssen ausgebaut werden, daher erfolgen die Errichtung eines Speichers für Reis und projektbegleitende Schulungen in Anbaumethoden, Lagerung und Vermarktung. Mit der Umsetzung des Projekts wird sich die Ernährungs- und Einkommenssituation von 250 direkt Begünstigten verbessern und insgesamt die fünffache Anzahl von indirekt Begünstigten profitieren.



Frauen bei der Feldarbeit. Foto: Hope'87

2.3. Indien



Projektland: Indien
Hauptstadt: Neu-Delhi
Größe: 3.287.263 km²
Einwohnerzahl: 1,3 Mrd.
Sprachen: Englisch, Hindi u.a.
Human Development Index (HDI): 0.633 (132.)

Projektträger: ADRA Austria
Laufzeit: 1. November 2022 bis 31. Oktober 2025
Förderung: EUR 30.000,-
Titel: „Armutsminderung und Stärkung von Tagelöhner*innen“

Ausgangslage:

Der südindische Bundesstaat Tamil Nadu, mit einer stark wachsende Bevölkerung von derzeit rund 84 Millionen, ist trotz einer positiven sozioökonomischen und industriellen Entwicklung noch stark von gesellschaftlicher Ungleichheit und Armut geprägt. Die Armutsverhältnisse von Tagelöhner*innen in Tamil Nadu gelten als besonders prekär. Fehlende Bildung, materielle Not, nur halbjährliche Beschäftigung als Tagelöhner*in in der Landwirtschaft usw. gelten als Hauptursachen für das Problem der absoluten Armut. Eine vierköpfige Familie muss mit rund EUR 75,- im Monat das Auskommen finden. Da Arbeitsmöglichkeiten nicht kontinuierlich bestehen und starken Schwankungen unterliegen bzw. durch die Covid-19 Situation stark eingeschränkt waren, gingen in jüngster Zeit die Einkommen der Familien, die sie unter widrigsten Arbeitsbedingungen auf Reisfeldern, in Ziegeleien oder Mühlen erwirtschaften, weiter zurück.

Maßnahmen:

Um die Situation für die Betroffenen nachhaltig zu verbessern, wird ADRA Austria in Zusammenarbeit mit ADRA India ein dreijähriges Projekt in drei Dörfern in Tiruvallur, Bundesstaat Tamil Nadu, zur Armutsbekämpfung und Stärkung der sozioökonomischen Situation für marginalisierte Menschen umsetzen.

Die Zielgruppe sind 2.000 Personen, die diskriminierten Randgruppen wie beispielsweise ethnischen Minderheiten angehören bzw. die der untersten Kaste entstammen oder Kastenlose sind. Der Zugang zu Rechten und Einkommen ist für diese Gruppe von besonderer Dringlichkeit.

Jahresbericht 2022

Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe

Das Projekt beabsichtigt in einer ersten Projektphase einen institutionellen Kapazitätsaufbau der Dorfgemeinschaften durch Seminare mit Frauen- und Dorfentwicklungsgruppen, durch die Zusammenarbeit mit städtischen Basisdienstleistern sowie durch Aufklärung über Rechte und Sozialleistungen. Eigene Frauengruppe bzw. Jugendgruppen zur Kapazitätsentwicklung werden eingerichtet. Das Projekt beabsichtigt somit die Stärkung des „sozialen Kapitals“ von Tagelöhner*innen und ihrer Familien, da Armut nicht nur ein Problem der niedrigen Einkommen ist, sondern auf Ausgrenzung und dem Fehlen von Macht, Sicherheit und Mitsprache basiert. Dementsprechend werden im ersten Teil des Projekts Trainings zum Empowerment der Dorfgemeinschaften und der Haushalte organisiert.

In der zweiten Projektphase erfolgen einkommensschaffende Maßnahmen wie der Ankauf von Nutztieren, Betriebsgründungen und Förderung der Kreislaufwirtschaft. Zur Generierung von selbstständigen Einkommen für die Familien wird eine intensive Schulung in Viehhaltung und Vermarktung erfolgen. Der vorliegende Projektvorschlag beruht auf Vorläuferprojekten die seit drei Jahren laufen und ist gut mit dem nationalen Entwicklungsplan abgestimmt. Das dreijährige Projekt mit einer vergleichsweise hohen Budgetsumme wird eine nachhaltige Verbesserung der Einkommens- und Lebensumstände der marginalisierten Familien erzielen.



Kleinunternehmen im Dorf. Foto: ADRA Austria

2.4. Indien



Projektland: Indien

Hauptstadt: Neu-Delhi

Größe: 3.287.263 km²

Einwohnerzahl: 1,3 Mrd.

Sprachen: Englisch, Hindi u.a.

Human Development Index (HDI): 0.633 (132.)

Projektträger: SONNE International

Laufzeit: 1. November 2022 bis 31. Oktober 2024

Förderung: EUR 30.000,-

Titel: „Etablierung einer Bildungsstätte“

Ausgangslage:

Die indische Provinz Bihar gehört zu den bevölkerungsreichsten Regionen Indiens und ist stark von Armut und ländlicher Unterentwicklung betroffen. Auf einer Fläche, die etwas größer als Österreich ist, leben rund 104 Millionen Menschen. Die Einkommensmöglichkeiten sind sehr begrenzt und liegen vorrangig in der Agrarproduktion.

Aufgrund der prekären Einkommenssituation vieler Familien, besuchen vielen Kinder keine Schule und sind so langfristig von Bildungsmöglichkeiten und einer Verbesserung ihrer Lebensumstände ausgeschlossen. Die Erwachsenen arbeiten als Tagelöhner*innen auf den Feldern von Großgrundbesitzer*innen, die Alphabetisierungsrate ist sehr niedrig, Mangelernährung und Kinderarbeit haben sich durch die Corona-Pandemie weiter verschärft. In einem Dorf, das von Angehörigen der Dalit bewohnt wird, haben 80 Prozent der Kinder keine Schule zur Verfügung und somit keinen Zugang zu Basisbildung. Die Dalit gelten nach der religiösen Unterscheidung im Hinduismus immer noch als "unberührbar" und "unrein" und werden auch von staatlichen Förderprogrammen kaum berücksichtigt. 80 Prozent der Kinder aus Dalit-Familien zwischen sechs und vierzehn Jahren besuchen keine Schule.

Maßnahmen:

Die auf die Förderung von informellen Bildungsansätzen spezialisierte NGO „SONNE“ wird daher in Kooperation mit der lokalen Partnerorganisation, der Sun Social Organization, mit der Errichtung eines provisorischen Schulgebäudes und des Angebots für Unterricht, die Bildungschance für 100 Kinder herstellen. Das Projekt ist langfristig geplant und soll von der informellen Bildung zu einer formellen Bildung überleiten und später mit einem dauerhaften Schulgebäude realisiert werden. Ein Assessment durch SONNE mit der Dorfbevölkerung von Kenari hat 2019 und 2021 stattgefunden.

Jahresbericht 2022

Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe

Das Projekt - die Errichtung einer informellen Schule innerhalb von zwei Jahren – wird stark von der Dorfbevölkerung getragen, die sich selbst organisiert. Durch den Bau einer provisorischen Schule, einer einfachen Behausung aus natürlichen Materialien, der Herstellung eines Wasseranschlusses und der Aufschließung des Grundstücks, wird der Grundstein für eine nach Ende der zweijährigen Projektphase zu errichtenden Schule gelegt. In diesem Notgebäude wird aber ab sofort mit dem Unterricht begonnen werden. Begleitend werden für die Erwachsenen Workshops zu Hygiene, Familienplanung, Gender und nachhaltige Landwirtschaft angeboten.

Das Vorhaben soll mit Beteiligung der Bundesländer Wien, Kärnten und Steiermark finanziert werden und ist deshalb für die Stadt Wien von erhöhtem entwicklungspolitischem Interesse.



Schulkinder freuen sich auf ihre Schule. Foto: SONNE-International

2.5. Indien



Projektland: Indien

Hauptstadt: Neu-Delhi

Größe: 3.287.263 km²

Einwohnerzahl: 1,3 Mrd.

Sprachen: Englisch, Hindi u.a.

Human Development Index (HDI): 0.633 (132.)

Projektträger: Entwicklungshilfe-Klub

Laufzeit: 1. November 2022 bis 31. Oktober 2023

Förderung: EUR 30.000,-

Titel: „Dorfbau für Angehörige ethnischer Minderheiten“

Ausgangslage:

Obwohl Indiens Verfassung die Gleichstellung aller Bürger*innen festschreibt, bestimmt in der Realität für die meisten Menschen noch immer die Zugehörigkeit zu einer Kaste oder einer ethnischen Gruppe die Lebensperspektive. Millionen Angehörige ethnischer Minderheiten leben oft ausgegrenzt von sozialen und wirtschaftlichen Chancen in großer Armut. Ein Beispiel dafür sind die Yanadi, die im Osten Indiens, in der Provinz Andhra Pradesh, leben. Die Region ist hauptsächlich landwirtschaftlich geprägt, wobei die Yanadi selbst kein Land besitzen, sondern die Männer arbeiten als Tagelöhner auf den Feldern von Großgrundbesitzer*innen. Eine häufige Tätigkeit ist die Schädlingsbekämpfung, besonders das Fangen von Ratten, weshalb die Yanadi oft abfällig als „Rattenfänger“ bezeichnet werden. Diese Aufgabe ist besonders für die Landwirtschaft angesichts drohender Ernteauffälle wichtig, gleichzeitig aber auch mit gesellschaftlichen und kulturellen Tabus behaftet und daher schlecht bezahlt.

Auch das Grundbedürfnis der Menschen nach Wohnraum ist nicht ausreichend gedeckt. Die meisten Yanadi leben in Siedlungen aus Lehm und Stroh oder in Wellblechhütten. Die jährlich auftretenden Monsunregen und periodische Extremwetterereignisse wie Wirbelstürme und Überschwemmungen zerstören immer wieder ganze Siedlungen. Diese Wetterphänomene werden durch den Klimawandel in Zukunft noch häufiger auftreten. Weiters fehlt es den Menschen am Zugang zu sauberem Trinkwasser und Sanitäranlagen. Mangelnde Hygiene führt daher zu Krankheitsfällen und Einkommensverlusten und somit zu einem Teufelskreis der Armut.

Jahresbericht 2022

Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe

Maßnahmen:

Der Entwicklungshilfe-Klub wird daher mit dem lokalen Projektpartner, der „Village Reconstruction Organisation (VRO)“ ein einjähriges Projekt zur Errichtung eines neuen Dorfs in Andhra Pradesh umsetzen. Die indische Projektpartnerorganisation besteht seit 1969 und verfügt über viel Erfahrung in der Errichtung von Dorfsiedlungen. Die VRO hat eine langjährige, sozial- und wirtschaftlich erprobte Maßnahme zur Errichtung ganzer Dörfer entwickelt. Fünfzehn Familien werden als Dorfverband ein neues Dorf mit fünfzehn Familienhäusern erhalten und erstmals dauerhaft über gesicherten Wohnraum verfügen. Die Dorfgemeinschaft bleibt erhalten, die Häuser gehen an die Familien, dürfen aber in den ersten Jahren nicht verkauft werden. Die Dorfbewohner*innen arbeiten beim Bau der neuen Häuser mit und erwerben somit Fähigkeiten als Maurer*innen, Elektriker*innen und Installateur*innen.

VRO wird zur Hälfte von der Regierung finanziert, die andere Hälfte muss durch internationale Geber aufgebracht werden. Da Millionen Menschen in Indien in unwürdigen Verhältnissen leben, ist die Intervention zur Sicherung von Wohnraum von großer Bedeutung. Die Erfüllung des SDG 1 („Widerstandsfähigkeit gegenüber klimabedingten Extremereignissen steigern“) ist mit diesem Projektvorschlag zur Errichtung sicherer Häuser bei den zunehmend häufiger werden Stürmen erreicht.



Ein neues Familienwohnhaus entsteht. Foto: Entwicklungshilfe-Klub

2.6. Irak



Projektland: Irak

Hauptstadt: Bagdad

Größe: 434.128 km²

Einwohnerzahl: 40,2 Mio.

Sprachen: Arabisch, Kurdisch u.a.

Human Development Index (HDI): 0.686 (121.)

Projektträger: Arbeiter-Samariter-Bund Österreichs

Laufzeit: 1. November 2022 bis 31. Oktober 2023

Förderung: EUR 30.000,-

Titel: „Armutsbekämpfung durch Bildung“

Ausgangslage:

Die Lebensbedingungen für Menschen im Irak sind aufgrund jahrelanger kriegerischer Auseinandersetzungen und in Folge dessen durch einen Niedergang der Wirtschaft äußerst prekär. Hinzu kommen kulturelle Normen, die die Bildungschancen von Mädchen stark einschränken. Nach Jahren des Krieges und Terrors des sogenannten „Islamischen Staats/IS“ ist die Infrastruktur in der irakischen Provinz Salahaddin zum größten Teil zerstört. In der 12.500 Einwohner*innen zählenden Stadt Al-Kohdarania ist die schulische Infrastruktur größtenteils zerstört oder stark in Mitleidenschaft gezogen. Eine funktionierende Infrastruktur ist aber unumgängliche Voraussetzung für den Schulbesuch der Mädchen.

Maßnahmen:

Der Arbeiter-Samariter-Bund Österreich (ASBÖ) wird daher in Zusammenarbeit mit dem Länderbüro des Arbeiter Samariter Bund Deutschland im Irak, ein einjähriges Projekt zur Verbesserung der schulischen Infrastruktur starten. Ein gutes Assessment durch das Länderbüro in Bezug auf die Defizite und den Verbesserungsbedarf der Mädchenschule in Al-Kohdarania wurde bereits durchgeführt. Die Zielgruppe für die Projektmaßnahmen sind 1.000 Mädchen zwischen zwölf und achtzehn Jahren, die aufgrund der zerstörten Wasser- und Hygieneeinrichtungen nur einen eingeschränkten Zugang zu Bildung haben. Aufgrund der mangelnden Hygieneverhältnisse betragen die Fehlzeiten bis zu 50 Prozent.

Durch zahlreiche Baumaßnahmen wie beispielsweise die Errichtung einer sicheren Trinkwasserquelle und Trinkwasserhähne sowie durch zehn Latrinen mit Handwaschanlagen wird die Ausstattung der Schule qualitativ verbessert werden. In diesem Zusammenhang werden auch Hygienetraining für die Schülerinnen erfolgen. Weiters werden zehn Klassen mit Schulmöbeln ausgestattet. Im Rahmen des Projekts werden auch 24 Lehrkräfte geschult und ihre pädagogischen Kompetenzen gestärkt.

Jahresbericht 2022

Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe

Die Schülerinnen der Mädchenschule werden als marginalisierte Zielgruppe gewertet (vgl. Bildungsverbot unter dem IS) Auch gegenwärtig ist die Teilhabe in der Gesellschaft bzw. an Bildung für Mädchen stark eingeschränkt und von restriktiven kulturellen Normen geprägt.

Die Relevanz wird aus der Sicht der Stadt Wien als sehr hoch eingestuft, zumal dadurch ein Beitrag für die Rückkehr von geflüchteten Bewohner*innen erfolgen kann und der bis vor kurzem nicht gewährleistete Zugang zu Bildung für Mädchen verbessert wird.



Mädchenschule in Al-Kohdarania. Foto: ASBÖ

2.7. Kenia



Projektland: Kenia

Hauptstadt: Nairobi

Größe: 580 367 km²

Einwohnerzahl: 55,8 Mio.

Sprachen: Swahili, Englisch, Kikuyu u.a.

Human Development Index (HDI): 0.575 (152.)

Projekträger: Aktion Regen

Laufzeit: 1. November 2022 bis 31. Oktober 2024

Förderung: EUR 28.120,-

Titel: „Armutsminderung durch Ausbildung von Teenager-Müttern im Slum Nairobi“

Ausgangslage:

Kenia gehört gemessen am Bruttoinlandsprodukt zu den 30 ärmsten Ländern der Welt. In Afrika belegt es mit einem Jahreseinkommen pro Kopf von 1.280 US-Dollar hingegen wirtschaftlich einen Platz im oberen Mittelfeld. Dennoch sind immer noch 40 Prozent der rund 54 Millionen Kenianer*innen von Armut betroffen. Die rasche und oftmals unregelmäßige Urbanisierung ist besonders in der Hauptstadt Nairobi problematisch.

Infolge der absoluten Armut im zweitgrößten Slum Nairobis, ist im Gebiet von Mathare das Auftreten von ungewollten Schwangerschaften bei einem Viertel der Teenager unter achtzehn Jahren zu beobachten. Bereits im Alter von fünfzehn Jahren sind vier Prozent der Mädchen schwanger, weitere 23 Prozent bevor sie achtzehn Jahre alt sind. Je niedriger der Bildungsgrad, desto höher ist das Risiko schwanger zu werden. Fehlender Zugang zu Informationen und Services zu sexuellen und reproduktiven Rechten bzw. Gesundheit ist als eine Hauptursache klar ersichtlich.

Der Nexus von Armut, fehlenden Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten und gleichzeitiger Unwissenheit über sexuelle und reproduktive Gesundheit, machen eine spezifische entwicklungspolitische Initiative in diesem Umfeld dringend notwendig.

Maßnahmen:

Die Wiener entwicklungspolitische NGO „Aktion Regen“ wird daher in Kooperation mit dem „Mathare Children’s Fund Panairobi“ ein einjähriges Projekt zur Verbesserung der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Situation von Frauen umsetzen. Der „Mathare Children’s Fund Panairobi“ ist eine gemeinnützige Nichtregierungsorganisation mit Sitz in Nairobi, die sich dem Schutz der Frauenrechte

Jahresbericht 2022

Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe

bzw. der Förderung der Gesundheit von Frauen und Kinder, mit einem Schwerpunkt auf Familienplanung und Anti-FGM, widmet. Ausreichende Projekterfahrung ist diesbezüglich seit 2005 vorhanden und messbare Erfolge sind nachweislich gegeben.

Ziel des Projekts ist es, 120 Frauen eine an ihre Lebensverhältnisse angepasste Berufsausbildung zu geben und sie bei der Eröffnung von Kleinunternehmen zu unterstützen, mit dem sie selbstbestimmt ihren Lebensunterhalt erwirtschaften können. Zunächst erhalten die Frauen eine intensive Schulung in Familienplanung und Gesundheit. Weitere 20.000 Menschen in der Slumsiedlung werden durch Vorträge und Infomaterialien über sexuelle und reproduktive Rechte /Gesundheit sensibilisiert.

Im zweiten Projektteil erfolgt die Berufsausbildung für zukünftige Kleinunternehmen (z.B. Frisör, Lebensmittelhandel, Schneiderei usw.). Besonders vulnerable Frauen stehen im Fokus der Schulungsmaßnahmen. Der Aufbau der Ausbildung erfolgt auf Basis einer speziellen Gender Perspektive und berücksichtigt die spezifischen Lebensverhältnisse der Frauen. Die Einbeziehung von Burschen und Männern bei den Community-Schulungen ist drüber hinaus besonders lobenswert. Die Erfolgsaussichten des Projekts sind aufgrund einer bewährten Methode als sehr gut zu beurteilen.



Junge Mütter in Nairobi. Foto: Aktion Regen

2.8. DR Kongo



Projektland: Demokratische Republik Kongo

Hauptstadt: Kinshasa

Größe: 2.345.409 km²

Einwohnerzahl: 100 Mio.

Sprachen: Französisch, Kiswahili, Lingala, Tschiluba u.a.

Human Development Index (HDI): 0.479 (179.)

Projekträger: Aksanti – für Kinder von der Straße in die Schule

Laufzeit: 1. November 2022 bis 31. Dezember 2023

Förderung: EUR 30.000,-

Titel: „Armutsbeseitigung für Aksanti und Umgebung“

Ausgangslage:

Die DR Kongo zählt zu den ärmsten Entwicklungsländern der Welt und erreicht beim Human Development Index nur Rang 175 von 189 erfassten Staaten. Von rund 100 Mio. Einwohner*innen leben ca. 77 Prozent in absoluter Armut. Mit einem Durchschnittsalter von 16,7 Jahren ist die Bevölkerung statistisch gesehen sehr jung. Gleichzeitig fehlen aufgrund der schlechten wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen realistische Perspektiven zur Überwindung von Unterentwicklung und Armut. Charakteristisch für die Wirtschaft des Landes ist der große informelle Sektor, der dreimal so groß als die formale Wirtschaft ist. Trotz Rohstoffreichtum zählt die DR Kongo aufgrund des kolonialen Erbes, Korruption, Krieg und Bevölkerungswachstum heute zu den ärmsten Ländern der Welt. Die Bevölkerungszunahme ist sowohl eine Ursache, als auch eine Auswirkung der absoluten Armut und mangelnder Bildung. Daher müssen Armutsbekämpfung und Zugang zu Bildung inklusive Bausteine einer nachhaltigen Entwicklung sein.

Maßnahmen:

Der entwicklungspolitische Verein „Aksanti“ wird daher in Kooperation mit dem gleichnamigen Zweigverein in der DR Kongo ein fünfzehnmonatiges Projekt in einem bestehenden Zentrum für Straßenkinder zur integrierten Armutsminderung realisieren. Am Standort in der Region Lubumbashi wurden bereits zwei von der Stadt Wien geförderte Projekte erfolgreich umgesetzt. Die Schule für Straßenkinder bzw. das Gesamtangebot zur Dorfentwicklung wird schrittweise erweitert.

Am bestehenden Standort des Zentrums für Straßenkinder („Aksanti“) soll durch weitere bauliche Maßnahmen, Anstellung von Personal und Trainings für einkommensschaffende Maßnahmen die Armut reduziert werden. Ebenso werden rund hundert Personen des nahen Dorfes von den Maßnahmen

Jahresbericht 2022

Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe

profitieren. Der integrierte Ansatz zur Armutsminderung umfasst die Verbesserung der Ernährungssicherheit, der Bildung und der Einkommenssituation. Durch den Bau eines Getreidespeichers und eines Stalls für Vieh wird die Eigenversorgung mit Lebensmitteln langfristig im Dorf gesichert. Weiters wird das Angebot am Schulstandort ausgebaut. Durch die Errichtung eines Wohngebäudes für fünf weitere Straßenkinder und die Aufnahme von acht weiteren Kinder in den Schulunterricht wird die Bildungssituation verbessert. Dazu erfolgt auch die Anstellung einer weiteren Lehrerin. Zur Verbesserung der Einkommenssituation erhalten die Dorfbewohner*innen ein intensives Training zur Unternehmensgründung. Dieses soll es ihnen in Zukunft ermöglichen, durch den Betrieb einer Mühle, einer Bäckerei oder durch die Herstellung von Trockenfrüchten ein selbstständiges Einkommen zu erwirtschaften.

Da die staatlichen Ausgaben für den Bildungssektor gering sind und die Einkommenssituation für die rasch wachsende Bevölkerung schwierig ist, ist eine weitere Investition in das Straßenkinderzentrum mit einem integrierten Projektansatz zur Armutsminderung zielführend. Mehr als hundert marginalisierte Kinder am Schulstandort in absoluter Armut sowie Kindern und Erwachsene des Dorfes wird das vorliegend Projekt eine Verbesserung der Lebensumstände ermöglichen.



Neues Wohngebäude für Straßenkinder. Foto: Aksanti

2.9. Moldau



Projektland: Moldau
Hauptstadt: Chisinau
Größe: 33,851 km²
Einwohnerzahl: 2,6 Mio.
Sprachen: Rumänisch, Russisch u.a.
Human Development Index (HDI): 0.767 (80.)

Projektträger: Concordia
Laufzeit: 1. November 2022 bis 31. Oktober 2023
Förderung: EUR 29.770,-
Titel: „Sauberes Wasser und effiziente Sanitäranlagen“

Ausgangslage:

Die Republik Moldau ist das ärmste Land Europas. Ein Mangel an Arbeits- und Ausbildungsplätzen, die massive Abwanderung von Fachkräften sowie ein niedriges Niveau an staatlichen Sozialleistungen gelten als Hauptursache für die wirtschaftliche Not und die weit verbreitete Armut. Die Covid-19-Pandemie führte zu extrem hohen Fallzahlen und einer extrem hohen Sterblichkeitsrate. Aufgrund dieser Situation, die 2020 noch durch einen Dürre im Landwirtschaftsbereich verschärft wurde, ging das Bruttoinlandsprodukt um sieben Prozent zurück. Gegenwärtig ist Moldau zusätzlich durch die Fluchtbewegungen aus der Ukraine betroffen. Die ohnehin schwachen staatlichen Institutionen im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich sind mit den ständig wachsenden Aufgaben längst an ihrem Limit. Aus entwicklungspolitischer Perspektive ist festzuhalten, dass besonders der Wassersektor mit großen Herausforderungen konfrontiert ist. 44 Prozent der Bevölkerung haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und leiden an entsprechenden gesundheitlichen Folgen. Rund 40 Prozent haben keinen Zugang zu Abwasserentsorgung. Aufgrund mangelnder Investitionen und unzureichender Wartung in den letzten zwanzig Jahren, muss mindestens die Hälfte der bestehenden Infrastruktur für die Wasserversorgung grundlegend saniert werden.

Maßnahmen:

Die Privatstiftung Concordia betreibt seit vielen Jahren in Moldau Sozialzentren, in denen besonders vulnerable Personen wie Straßenkinder, Behinderte oder alte Menschen betreut werden. In Zusammenarbeit mit der moldauischen Zweigorganisation wird daher in einem einjährigen Projekt eine Verbesserung der Wasser- und Sanitärversorgung für die Sozialzentren erfolgen.

Jahresbericht 2022

Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe

Die Zielgruppe der Maßnahmen sind 297 sozial benachteiligte Kinder, 292 ältere Menschen, 26 junge Erwachsene und 48 ukrainische Flüchtlinge in den bestehenden Sozialzentren. Die Infrastrukturmaßnahmen zur Verbesserung der Trinkwasserversorgung erfolgen in drei Bereichen. Zunächst werden achtzehn Kläranlagen gewartet und eine neue Kläranlage installiert. Danach wird die Bereitstellung von Trinkwasser und Waschmöglichkeiten sichergestellt. Aufgrund der schlechten Wasserqualität müssen bei allen Wasserhähnen und Duschen Wasserfilter vorgesehen werden. Darüber hinaus erfolgt die Bereitstellung von Hygieneprodukten.

Die Maßnahmen stellen eine qualitative Verbesserung der Wasserversorgung bzw. Entsorgung für die sozial benachteiligten Personen dar. Da die Versorgung mit sauberem Trinkwasser aus entwicklungspolitischer Sicht ein elementares Menschenrecht ist, ist die Maßnahme von hoher Relevanz.



Errichtung einer Kläranlage. Foto: Concordia

2.10. Nepal



Projektland: Nepal
Hauptstadt: Kathmandu
Größe: 147.181 km²
Einwohnerzahl: 30 Mio.
Sprachen: Nepali u.a.
Human Development Index (HDI): 0.602 (143.)

Projekträger: PHASE Austria

Laufzeit: 1. Dezember 2022 bis 30. November 2023

Förderung: EUR 30.000,-

Titel: „Armutsbekämpfung durch Mädchen-Empowerment und Frauenbildung“

Ausgangslage:

Nepal ist das ärmste Land Asiens ohne aktuelle Kriegssituation und leidet besonders unter entwicklungspolitischen Defiziten in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Frauenrechte. Laut dem UNDP-Entwicklungsbericht von 2019 liegt Nepal mit einem Human Development Index (HDI) von 0,602 auf Platz 142 von 189 erfassten Ländern. Fast die Hälfte der 29 Millionen Einwohner*innen Nepals ist von multidimensionaler Armut betroffen. Trotz positiver Wirtschaftsentwicklung leben rund 80 Prozent der Menschen in ländlichen Regionen mit schlechter Infrastruktur, wenig Bildungschancen und geringen Einkommen, die hauptsächlich im Agrarbereich erwirtschaftet werden.

Die Corona-Pandemie führte zu monatelangen Lockdowns und somit zum fast vollkommen Ausbleiben der Einkommen durch den Tourismus bzw. der Überweisungen von Arbeitsmigrant*innen aus dem Ausland. Darüber hinaus führten Schulschließungen in den Jahren 2020 und 2021 zu vermehrten Schulabbrüchen und somit zu einer negativen Bildungsperspektive für junge Menschen in den entlegenen Regionen Nepals.

Maßnahmen:

Um die Bildungsqualität zu verbessern, wird die Wiener entwicklungspolitische Organisation PHASE Austria in Zusammenarbeit mit der Schwesterorganisation PHASE Nepal ein einjähriges Projekt in zwei Dörfern der Region Mugu umsetzen.

Das Zielgebiet, im äußersten Westen des Hochgebirgslandes Nepals gelegen, ist nur zu Fuß in acht Stunden von der nächsten Straße zu erreichen. Der Verein PHASE Austria wird daher ein Projekt zur Verbesserung der Basisbildung für Frauen durch die Alphabetisierung von 100 Frauen umsetzen.

Jahresbericht 2022

Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe

Gleichzeitig werden in zwei Dörfern alle 203 Jugendliche in Workshops zu Gender und Life Skills geschult. Auch eine Lehrer*innenfortbildung zu Gender und integrativen Unterrichtsmethoden wird für 30 Personen erfolgen. Ebenso wird eine Schule mit Schulmöbeln ausgestattet werden.

Das Projekt ist mit der Bezirks- und Schulverwaltung akkordiert. Ein starker Fokus ist auf die Verbesserung der Rolle der Frau in der Gesellschaft gerichtet. Bei den Trainings werden auch sogenannte „schädliche Praktiken“ thematisiert, wie beispielsweise der Ausschluss der Frauen aus dem Haus bei Menstruation bzw. Geburt. Eine Verhaltensänderung in gewissem Ausmaß ist dementsprechend zu erwarten.



Alphabetisierung von Frauen. Foto: PHASE Austria

2.11. Nordmazedonien



Projektland: Nordmazedonien

Hauptstadt: Skopje

Größe: 25.713 km²

Einwohnerzahl: 2 Mio.

Sprachen: Mazedonisch, Albanisch u.a.

Human Development Index (HDI): 0.770 (78.)

Projektträger: Österreichisches Rote Kreuz

Laufzeit: 1. November 2022 bis 31. Oktober 2023

Förderung: 30.000,-

Titel: „Neue Berufschancen für Wohnungslose“

Ausgangslage:

Laut Statistikamt der Republik Nordmazedonien leben aktuell etwa 450.000 Menschen (22 Prozent der Bevölkerung) im Land unterhalb der Armutsgrenze und haben ein zu geringes Einkommen, um ihre Grundbedürfnisse abzudecken. Obdachlosigkeit stellt dabei für viele Menschen ein großes Problem dar. Nach Angaben von Sozialorganisationen leben allein in der Hauptstadt Skopje rund 650 Obdachlose auf der Straße und müssen die Nächte auf Parkbänken, in Garagen und unter Brücken verbringen. Die hohe Zahl absolut armer Menschen ergibt sich aus der schwierigen sozioökonomischen Situation im Land, die durch die COVID-19 verursachte Gesundheitskrise noch verstärkt wurde. Das Fehlen eines umfassenden Rahmens zur Bewertung der Bedürfnisse obdachloser Personen sowie der Mangel an Sozialleistungen und Arbeitsvermittlungen für Wohnungslose sind dabei nur einige der systemischen Schwächen, die den obdachlosen Menschen in der Republik Nordmazedonien einen effektiven und nachhaltigen Weg aus der Wohnungslosigkeit erschweren.

Hinzu kommt, dass speziell Frauen die COVID-19 Pandemie auf mehreren Ebenen besonders stark getroffen hat. Einerseits sind die von Frauen dominierten Branchen erheblich von den ökonomischen Auswirkungen der COVID-19 Pandemie betroffen, sodass viele Frauen ihren Arbeitsplatz und damit ihr Einkommen verloren haben. Zum anderen sind Frauen immer noch mit sexueller und genderbasierter Gewalt konfrontiert. Laut der Frauenrechtsorganisation „Kvinna till Kvinna“ erlebt eine von drei Frauen in Nordmazedonien ab dem 15. Lebensjahr in ihrem Leben Gewalt. Wohnungslosigkeit ist daher auch bei Frauen kein seltenes Phänomen, wobei gesellschaftliche Tabus hinsichtlich genderbasierter Gewalt, sexueller und reproduktiver Gesundheit und Menstruationshygiene in der nordmazedonischen Bevölkerung die Situation von Frauen zunehmend erschweren.

Jahresbericht 2022

Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe

Maßnahmen:

Das Österreichische Rote Kreuz wird daher in Kooperation mit dem Roten Kreuz der Republik Nordmazedonien ein einjähriges Projekt zur Verbesserung der Berufschancen von Wohnungslosen Menschen umsetzen. Die Zielgruppe sind 160 Obdachlose, die am Standort des Betreuungszentrums „Momin Potok“ in Skopje erfasst werden. Das Projekt fokussiert sich auf drei Ziele. Zuerst erhalten zwanzig Wohnungslose ein dreitägiges Training, bei dem ihre sozialen und psychischen Fähigkeiten für eine zukünftige Berufstätigkeit gestärkt werden. Es werden individuelle Berufspläne erstellt und die Begünstigten werden beim Berufseinstieg begleitet. Zehn Personen werden die Kursgebühren für einen Berufsausbildungskurs finanziert.

In der zweiten Projektphase werden 50 Personen in einem dreitägigen Seminar für das Thema sexuelle und genderbasierte Gewalt sensibilisiert. In der dritten Projektphase werden die Lebensbedingungen für 160 Menschen im Obdachlosenheim in Skopje verbessert. Unter Einbindung von Obdachlosen, die handwerkliche Fähigkeiten besitzen oder diese verbessern möchten, werden 33 veraltete Betten repariert. Weiters werden Solarmodule zur Versorgung mit Warmwasser installiert und zwei Industriewaschmaschinen und ein Kühlschrank angekauft. Durch die Verbesserung der Infrastruktur steigt die Lebensqualität am bestehende Sozialstandort und durch die Maßnahmen zur Berufsqualifikation ist ein Rückgang der Zahl von Menschen ohne festen Wohnsitz zu erwarten.



Betreuungszentrum „Momin Potok“. Foto: ÖRK

2.12. Sierra Leone



Projektland: Sierra Leone
Hauptstadt: Freetown
Größe: 71.740 km²
Einwohnerzahl: 8,5 Mio.
Sprachen: Englisch, Krio u.a.
Human Development Index (HDI): 0.477 (181.)

Projektträger: Jugend Eine Welt
Laufzeit: 1. November 2022 bis 31. Dezember 2023
Förderung: EUR 30.000,-
Titel: „Empowerment junger Frauen in Freetown“

Ausgangslage:

Sierra Leone liegt mit einem Human Development Index von 0,45 nur an 182. Stelle von 189 erfassten Ländern. In Folge der sozialen und ökonomischen Verwerfungen durch die Bürgerkriege in den 1990er Jahren, leben mehr als die Hälfte der Menschen im acht Millionen Einwohner*innen zählenden Sierra Leone in Armut. Davon leben 43 Prozent in absoluter Armut, also von weniger als 1,90 US-Dollar am Tag. Rund 70 Prozent der Menschen in Sierra Leone sind arbeitslos oder unterbeschäftigt. Besonders die dramatisch sind die sozialen Umstände für Frauen. 62 Prozent aller Frauen zwischen 15 und 49 haben schon körperliche oder sexuelle Gewalt erfahren, ein Drittel aller Mädchen hat bereits ein Kind. Es fehlt an sozialer und ökonomischer Sicherheit, Zugang zu medizinischer Versorgung und Verhütungsmitteln. In der Hauptstadt Freetown sind viele Mädchen und junge Frauen aufgrund der Lebensumstände gezwungen, von Sexarbeit zu leben.

Maßnahmen:

Jugend Eine Welt wird daher mit der lokalen Projektpartnerorganisation Don Bosco Frambul in Freetown ein vierzehnmonatiges Projekt zur Verbesserung der sozialen und ökonomischen Situation von jungen Frauen umsetzen. Das Team von Frambul ist in Freetown seit 1998 im Bereich Jugend- und Sozialwohlfahrt tätig und verfügt über viel Erfahrung in der aufsuchenden Jugendarbeit bzw. mit Sexarbeiterinnen. Das Projektteam und vier anzustellende Sozialarbeiterinnen werden aufgrund des Zugangs zur Zielgruppe, die 100 Begünstigten auswählen. 50 Mädchen erhalten ein Stipendium zum (nachholenden) Besuch der Schule (Primar- oder Sekundarstufe). 50 ältere Mädchen erhalten ein Stipendium zum Besuch der Berufsschule und werden so in Berufen wie Elektro- und Solarinstallationen, Schweißen, Bäckerei,

Jahresbericht 2022

Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe

Frisörhandwerk ausgebildet. Zusätzlich wird eine Arbeitsplatzvermittlung erfolgen. Während der Projektlaufzeit wird auch Nachhilfeunterricht und begleitende Sozialarbeit angeboten.

Die Zielgruppe von 100 Mädchen im Alter von neun bis siebzehn Jahren, die von Sexarbeiter leben, ist von extrem hoher Relevanz. Diese werden durch den ermöglichten Schulbesuch bzw. eine Berufsausbildung die Möglichkeit erhalten, aus dem Kreislauf von Armut, Gewalt und Ausbeutung herauszukommen.

Das vorliegende Projekt wird einer großen Gruppe junger Menschen die Chance bieten, durch Schulbildung und Berufsqualifikation neue Lebensperspektiven wahrnehmen zu können. Die Auswahl der besonders vulnerablen Gruppe, die konsequente Begleitung der Mädchen beim Bildungserwerb und die Ermöglichung einer späteren Berufsausübung zeichnet diese Projekt als hochgradig nachhaltig und effizient aus.



Ausbildung zur Frisörin. Foto: Jugend Eine Welt

2.13. Simbabwe



Projektland: Simbabwe

Hauptstadt: Harare

Größe: 390.757 km²

Einwohnerzahl: 16 Mio.

Sprachen: Englisch, Shona, Ndebele u.a.

Human Development Index (HDI): 0.593 (146.)

Projektträger: HUMANA

Laufzeit: 1. Dezember 2022 bis 30. November 2023

Förderung: EUR 30.000,-

Titel: „Bessere WASH-Bedingungen auf dem Lande“

Ausgangslage:

Während der 1980er und 1990er Jahre wurden in Simbabwe erhebliche Investitionen im Wassersektor getätigt. Sowohl die städtische Wasserversorgung als auch die Verfügbarkeit von sauberem Trinkwasser in ländlichen Regionen verbesserte sich kontinuierlich. In diesem Zeitraum stieg der Versorgungsgrad mit Wasser von 32 Prozent auf 56 Prozent und der Zugang zu sanitären Einrichtungen von 28 Prozent auf 55 Prozent. Simbabwe galt damals als weltweit führendes Entwicklungsland bei der Bereitstellung von Wasser-, Sanitär- und Hygiene-Infrastruktur (WASH).

Durch die politische und ökonomische Krise ab dem Jahr 2000 setzte ein Verfall der Infrastruktur ein. Bestehende Anlagen wurden nicht gewartet bzw. repariert, neue Anlagen wurden in zu geringem Umfang errichtet. Dementsprechend ist die derzeitige Wasser- und Sanitärversorgung in Simbabwe mit vielen Herausforderungen konfrontiert. In ländlichen Gebieten verfügen durchschnittlich nur 67 Prozent der Bevölkerung über sauberes Trinkwasser und nur 31 Prozent haben Zugang zu Toiletten. Infolge dessen kam es 2018/2019 in mehreren Provinzen Simbawbes zu Cholera-Ausbrüchen mit 10.400 Fällen und 68 Toten.

Maßnahmen:

Zum nachhaltigen Kapazitätsaufbau im Wassersektor wird daher HUMANA in Zusammenarbeit mit dem lokalen Projektpartner, der 1980 gegründeten Teilorganisation „Development Aid from People to People Zimbabwe (DAPP)“, ein einjähriges Projekt starten. HUMANA konzentriert seine Arbeit seit rund 30 Jahren auf die Region Südliches Afrika und hat speziell in Simbabwe seit 1980 Projekte – vorrangig im WASH Sektor – durchgeführt. Die Zielgruppe sind 370 Schüler*innen und 20 Mitarbeiter*innen von zwei Berufsschulen sowie 750 Haushalte (insg. 3.750 Personen) die keinen adäquaten Zugang zu sauberem Trinkwasser bzw. keine Entsorgung haben. Das vorliegende Projekt wird als multidimensionales Vorhaben

Jahresbericht 2022

Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe

umgesetzt und besteht aus einem Infrastrukturteil, Schulungen zur Wartung der Anlagen und Workshops zur Schulung von Schülerinnen in Hygiene und Wassermanagement. Für die Schülerinnen werden bei den WASH-Schulungen zusätzlich die Themen Menstruationshygiene, sexuelle und reproduktive Gesundheit und diesbezügliche Rechte behandelt.

Zur Verbesserung der Infrastruktur werden zwei neue Bohrlöcher für Wasserpumpen angelegt, fünf bestehende Bohrlöcher instandgesetzt, zwei geschlechts- und behindertengerechte Latrinenblöcke errichtet. In den Schulen werden Wasserkomitees eingerichtet und Schulungen abgehalten. Acht Personen werden zu Pumpenmechaniker*innen ausgebildet. Das Vorhaben ist mit den lokalen Behörden gut abgestimmt, die den langfristigen Betrieb sicherstellen werden.



Sanierungsbedürftige Toiletten. Foto: HUMANA

2.14. Entwicklungspolitisches Leitprojekt in Albanien



Projektland: Albanien
Hauptstadt: Tirana
Größe: 28.748 km²
Einwohnerzahl: 2,8 Mio.
Sprachen: Albanisch u.a.
Human Development Index (HDI): 0,795 (69.)

Projektträger: OeAD-GmbH – Agentur für Bildung und Internationalisierung

Laufzeit: 1. September 2021 bis 31. August 2024

Förderung: EUR 400.000,-

Titel: „AI-VET – Quality for ALL“- Qualitativ hochwertige und sozial inklusive Berufsbildung in Albanien

Ausgangslage:

Die Stadt Wien beschloss schon 2020, ihr entwicklungspolitisches Engagement stark zu erhöhen und ein EZA-Leitprojekt zum Thema Berufsausbildung in Albanien zu fördern.

Einerseits sind mehr als 20 Prozent der jungen Albaner*innen zwischen 15 und 29 Jahren arbeitslos, andererseits hat der Tourismusboom in den letzten Jahren zu einer Erhöhung der Beschäftigung in dieser Branche geführt und eine gesteigerte Nachfrage an besser ausgebildetem Personal hervorgerufen. Dies trifft ebenso auf den IT-Sektor zu. Doch die bisherige Ausbildung für eine spätere Berufsausübung in diesen beiden Wachstumssektoren ist primär schulisch ausgerichtet, wenig praxisnah und erreicht nur vierzehn Prozent an Mädchen als Schülerinnen. Die Lehrpläne sind veraltet und nicht nach den Bedürfnissen eines modernen, nachhaltigen Tourismus ausgerichtet.

Maßnahmen:

Das Wiener EZA-Leitprojekt in Albanien hat zum Ziel, die Qualität und den Zugang zu Berufsausbildungsangeboten in den Sektoren Tourismus & Gastgewerbe sowie IT zu erhöhen und besonders einen Beitrag zur Steigerung der Erwerbsfähigkeit von Mädchen und Frauen zu leisten.

Das unter Mitwirkung der MA 27 vom OeAD ausgearbeitete Projekt begann im September 2021 und wird mit jährlich EUR 400.000,- (insg. EUR 1,2 Mio.) gefördert. Die direkt Begünstigten des Projektvorhabens sind Lehrer*innen und Schulleiter*innen von zwanzig berufsbildenden Schulen in den Sektoren Tourismus & Gastgewerbe und IT, zehn Erwachsenenbildungszentren, vier Internate sowie 60 Betriebe. Damit trägt das Projekt zur Verbesserung der Ausbildung von rund 7.700 Jugendliche bei.

Jahresbericht 2022

Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe

Im Handlungsfeld 1 des Projekts „Die Qualität der Berufsbildungsangebote für Tourismus & Gastgewerbe und IT erhöhen“ konnten folgende Maßnahmen erfolgreich umgesetzt werden:

- Das Berufsbild, die Qualifikationsbeschreibung und das neue Curriculum für „Hotel- und Gastgewerbe Assistent*in“ wurden erarbeitet und sind seit dem Schuljahr 2022/2023 in Anwendung. Das neue Berufsbild und die Qualifikationsbeschreibung für die Ausbildung „Koch/Köchin“ wurde begonnen. Mit diesen Maßnahmen werden die Schulen ermächtigt, nach neuen Lehrplänen zu unterrichten und einen nachhaltigen Tourismus zu verankern.
- 130 fachpraktische Lehrkräfte aus elf berufsbildenden Schulen für Tourismus und zwölf berufsbildenden IT-Schulen wurden fortgebildet und ihre Kompetenzen in der Organisation von fachpraktischem, kompetenzorientiertem Lehren und Lernen in Themenfeldern wie z.B. Green Tourism, Programming, Cyber Security sind vertieft. Damit wurde die Kompetenz von fachpraktische Lehrer*innen in der Organisation von praxisnahem Unterricht im Tourismus & Gastgewerbe und IT gestärkt.
- In Kooperation mit der Agentur für Berufsbildung und Qualifikationen wurden Lehrpläne für verpflichtende Module für Englisch im Tourismus & Gastgewerbe sowie entsprechende Lehrmaterialien entwickelt. Die Fortbildung von Lehrer*innen konnte bereits begonnen werden. Ziel der Maßnahmen ist es, durch verstärkte Fremdsprachenkompetenz Schüler*innen auf die Arbeit mit internationalen Gästen vorzubereiten.
- Die Wirtschaftskoordinator*innen aller 33 berufsbildenden Schulen Albaniens und der 10 Erwachsenenbildungszentren tauschen sich bei Netzwerktreffen zur Optimierung der Abläufe in der Durchführung von betrieblichen Praktika aus. Eine Informationsbroschüre zu den rechtlichen Rahmenbedingungen für betriebliche Praktika wurde herausgegeben. Diese bereitet die zentralen Eckpunkte leicht nachvollziehbar für Betriebe, Schulen und Eltern auf und wird von den berufsbildenden Schulen in ihrer Arbeit mit Betrieben und Eltern eingesetzt. Damit tragen die Betriebe als Ausbildungspartner zur Praxisnähe der Ausbildung bei.
- In Kooperation mit der albanischen Agentur für Berufsbildung und Qualifikationen wurde ein Ausbildungslehrgang für schulische Qualitätskoordinator*innen, die gleichzeitig die Leiter*innen der Schulentwicklungseinheiten sind und damit eine zentrale Funktion erfüllen, entwickelt. Die Ausbildung von 40 Qualitätskoordinator*innen hat im Dezember 2022 begonnen. Die berufsbildenden Schulen werden damit in die Lage versetzt, die Qualität ihre Angebote kritisch zu reflektieren und laufend weiterzuentwickeln.

Jahresbericht 2022

Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe

Im Handlungsfeld 2 „Den Zugang zu Berufsbildung für benachteiligte Personengruppen erhöhen – Mädchen für atypische Ausbildungen gewinnen“ konnten folgende Maßnahmen erfolgreich umgesetzt werden:

- Zunächst sollte die Qualität der Internate verbessern werden und das Vertrauen der Eltern in die Ausbildungsstätten gestärkt werden. In einem breiten Konsultationsprozess mit Vertreter*innen der vier Pilot-Internate und den zuständigen 80 Vertreter*innen aller albanischen Internate und den dafür verantwortlichen Verwaltungsbehörden konnte diese Ziel erreicht werden. Alle vier Internate wurden durch einen Medienexperten in der Entwicklung von Outreach-Maßnahmen zur Erreichung von Eltern und Mädchen in ländlichen Regionen unterstützt.
- In zwei Internaten in Tirana wurden die Studiersäle, Aufenthaltsräume und Speisesäle saniert und tragen nun dazu bei, dass Schüler*innen in Internaten erstmals Wohlfühlräume und eine für ihr Lernen unterstützende Umgebung vorfinden. Der Abschluss der Ausstattungsarbeiten an allen vier Internaten wird im Sommer 2023 erfolgen.
- Schulleiter*innen und Qualitäts- bzw. Genderbeauftragte aller albanischen berufsbildenden Schulen wurden darin unterstützt, anhand von Genderindikatoren im schulischen Selbstevaluierungsprozess Projekte zur Stärkung einer gendersensiblen Schulkultur zu entwickeln. 2022 wurden dreizehn Projekte durch „AI-VET – Quality for All“ gefördert. Für bewusstseinsbildende Maßnahmen und Outreach Aktivitäten von Schulen im Rahmen des Girls Days 2022, wurden Folder und Videos mit Testimonials erfolgreicher Frauen entwickelt und den Schulen zur Verfügung gestellt. Berufsbildende Schulen schaffen damit eine gendersensible Schulkultur und setzen Maßnahmen um, um Zugangsbarrieren für Mädchen abzubauen.
- 23 Berufsberater*innen von berufsbildenden Schulen und Berufsbildungszentren wurden für ihre Funktion ausgebildet, um damit das Berufsberatungsangebot an berufsbildenden Schulen zu verbessern.



Jugendliche in Ausbildung. Foto: OeAD

3. Humanitäre Hilfe

3.1. Spitalsgüter und Schulmöbel für die Ukraine

Der russische Angriff auf die Ukraine hat laut UNO-Flüchtlingshochkommissariat zur größten Fluchtbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg geführt. Ausmaß und Geschwindigkeit sind ohne Beispiel in der Geschichte von Flucht und Vertreibung seit 1945. Bis zum Ende des Jahres 2022 sind mehr als 7,9 Millionen Menschen ins Ausland geflohen, weitere 5,9 Millionen wurden innerhalb der Ukraine vertrieben. Knapp 14 Millionen Menschen entsprechen rechnerisch ca. einem Drittel der Gesamtbevölkerung des Landes. Durch die Kampfhandlungen wurden zehntausende Menschen in der Ukraine getötet oder verwundet. Durch Beschuss entstand enormer Sachschaden an der zivilen Infrastruktur. Da die Ukraine schon in den vergangenen Jahren schwerpunktmäßig Zielland der Humanitären Hilfe der Stadt Wien war und dementsprechend gut eingespielte Kontakte zu Projektpartnerorganisationen bestanden, konnte die Stadt Wien sofort mit verstärkten Hilfslieferungen auf die Kriegssituation reagieren.

Am Tag des Kriegsausbruchs in der Ukraine, am 24. Februar 2022, wurden in Wien drei LKWs mit persönlicher Schutzausrüstung (insges. 25 t, Kopfhäuben, Schutzkittel, Schürzen, Mund-Nasen-Schutz usw. für OP bzw. für Covid-19 zu verwenden) beladen. Zwei LKWs brachten Güter nach Lemberg, ein LKW fuhr in die Stadt Ivano Frankivsk. Weitere sechs LKWs (insges. 30 t, mit 150 Spitalsbetten, 50 Krankentragen, Ultraschallgerät, Matratzen, Decken, Geschirr usw.) gingen im März an die Krebsklinik in Lemberg (Lviv).



Verladung von persönlicher Schutzausrüstung für OP-Personal. Foto: MA 27

Jahresbericht 2022

Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe

Die nächste Verladung von Hilfsgütern konnte bereits am 10. und 11. März 2022 in der Klinik Ottakring erfolgen. Sechs LKWs mit 150 Spitalsbetten, 50 Krankentragen, Ultraschallgerät, Matratzen, Decken, Geschirr usw. (insges. 30 t) wurden zur Krebsklinik in Lemberg (Lviv) entsendet. Bürgermeister Michael Ludwig und der Botschafter der Ukraine in Österreich, Vasyl Khymynets, bekräftigten im Rahmen einer Pressekonferenz die Wichtigkeit der Hilfsmaßnahmen.



Bürgermeister Michael Ludwig (r.) und Bernhard Bouzek (MA 27) bei der Verladung.
Foto: David Bohmann/PID



Botschafter Vasyl Khymynets bei der Pressekonferenz. Foto: David Bohmann/PID

Jahresbericht 2022

Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe



Großküchengeschirr für die Krebsklinik in Lemberg. Foto: ÖB Kiew



Entladung von Betten in Nadwirna. Foto: Spital Nadwirna

Jahresbericht 2022

Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe

Zwischen Juli und November 2022 konnten folgende weitere Hilfslieferungen von Spitalsgütern und Schulmöbeln erfolgen:

- Verladung vom 7. Juli 2022:
1 LKW für das Spital in Irpin:
32 Krankenbetten, 32 Matratzen, 22 Kisten Geschirr (5,5 t).
- Verladung vom 28. Juli 2022:
1 LKW für eine Schule in Hostomel:
Schulmöbeln: Tische, Sesseln, Sesseln mit Schreibpulten (3 t).
- Verladung vom 20. Oktober 2022:
1 LKW, 42 Spitalsbetten, Stadt Nadwirna, Iwano-Frankiwsk Gebiet (6,3 t)
1 LKW, 42 Spitalsbetten, Stadt Rosdilna, Odessa Gebiet (6,3 t)
- Verladung vom 3. November 2022:
1 LKW, 42 Spitalsbetten, Stadt Kizman, Czernowitz Gebiet, (6,3 t)
1 LKW, 42 Spitalsbetten, Stadt Kizman, Czernowitz Gebiet (6,3 t)
- Verladung vom 24. November 2022:
1 LKW, 42 Spitalsbetten, Stadt Netischyn, Gebiet Khmelnytskyj (6,3 t)
1 LKW, 42 Spitalsbetten, Stadt Netischyn, Gebiet Khmelnytskyj (6,3 t)
1 LKW, 41 Betten und 2 Verbandswägen an drei Spitäler in Kiew (6,3 t)

Ein wertvoller Partner bei allen Verladungen im Rahmen der Humanitären Hilfe war auch 2022 wieder die Justizanstalt Simmering. Durch die Bereitstellung von Arbeitskräften (Häftlinge des gelockerten Vollzugs) konnten die körperlich sehr anstrengenden LKW-Beladungen erfolgen. Die administrativen Tätigkeiten und die Koordination der Hilfslieferungen mit den ukrainischen Behörden erfolgten mit tatkräftiger Unterstützung durch die Österreichische Botschaft Kiew.

Insgesamt konnte die Stadt Wien mit 27 LKWs rund 160 Tonnen an Hilfsgütern in die Ukraine bringen bzw. zur Versorgung von Geflüchteten nach Polen und nach Moldau liefern. Zusätzlich zu den Sachleistungen beteiligte sich die Stadt Wien auch an der Soforthilfe der Bundesländer in der Höhe von EUR 429.000 für die Ukraine-Hilfe, die über die Austrian Development Agency abgewickelt wurde.

Jahresbericht 2022

Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe



Sanierung der kriegszerstörten Volksschule in Hostomel, Region Kiew. Foto: ÖB Kiew



Wiener Schulmöbel für die Volksschule in Hostomel. Foto: ÖB Kiew

3.2. Wiener Einsatzfahrzeuge für die Ukraine

Am 31. Mai 2022 fand vor der Zentralfeuerwache, Am Hof 7, die offizielle Verabschiedung der 16 Einsatzfahrzeuge statt, die im Rahmen der Humanitären Hilfe der Ukraine überlassen wurden. Bürgermeister Michael Ludwig und Stadtrat Peter Hanke präsentierten vor zahlreichen Medienvertreter*innen und in Anwesenheit des ukrainischen Botschafters sowie des neuen österreichischen Geschäftsträgers in Kiew die Beweggründe für die Übergabe von elf Feuerwehr- und fünf Rettungsfahrzeugen.

Die Einsatzkräfte der Rettung und Feuerwehr in der Ukraine können auf Grund des Krieges und der damit verbundenen Zerstörungen nur unter starken Einschränkungen ihren Dienst versehen. Eine große Zahl an Einsatzfahrzeuge wurden im Zuge der Kampfhandlungen beschädigt oder von der russischen Armee erbeutet. Bürgermeister Michael Ludwig verabschiedete den Konvoi mit folgenden Worten: „Wien hat sich seit dem ersten Tag der russischen Invasion in der Ukraine solidarisch gezeigt und das Land mit Hilfslieferungen unterstützt. Umso mehr ist es mir auch jetzt ein Anliegen, weitere Hilfsgüter in das Kriegsgebiet zu organisieren.“

Am 1. Juni 2022 erfolgte mit 6.00 Uhr die Abfahrt des Fahrzeugkonvois (16 Fahrzeuge plus drei Begleitfahrzeuge) von der Hauptfeuerwache Floridsdorf mit dem Ziel Košice (Slowakei) als Ort der Übergabe an eine ukrainische Feuerwehreinheit, die den Weitertransport an die Bestimmungsorte durchführte.

Folgende Einsatzfahrzeuge konnten übergeben werden:

- MA 70 - Rettung:
5 Rettungsfahrzeuge, voll ausgestattet

- MA 68 - Feuerwehr:
3 Rüstlöschfahrzeuge (RLF), voll ausgestattet
2 Kommandofahrzeuge (KDF), Mercedes Puch G
3 VW Caddy, Zweisitzer PKW, leer
3 Kastenwagen, Mercedes, leer

Ein Rüstlöschfahrzeug konnte beispielsweise der Gemeinde Irpin im Verwaltungsbezirk Kiew zur Verfügung gestellt werden, die stark durch die Kampfhandlungen zerstört und deren Feuerwehrfahrzeuge von der russischen Armee geplündert worden waren.

Jahresbericht 2022

Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe



Bürgermeister Michael Ludwig mit dem ukrainischen Botschafter Vasyl Khymynets. Foto: C. Jobst/PID



v.l.n.r.: Branddirektor Gerald Hillinger (MA 68), Stadtrat Peter Hanke, Bürgermeister Michael Ludwig, ukrainischer Botschafter Vasyl Khymynets, Ronald Packert (MA 70). Foto: C. Jobst/PID

Jahresbericht 2022

Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe



v.l.n.r.: Stadtrat Peter Hanke, österr. Geschäftsträger Arad Benkö, Branddirektor Gerald Hillinger (MA 68), Bürgermeister Michael Ludwig, ukrainischer Botschafter Vasyl Khymynets, Bernhard Bouzek (MA 27), Mario Rauch (MA 68), Andreas Weiss (MA 70).

Foto: C. Jobst/ PID



11 Feuerwehr- und 5 Rettungsfahrzeuge für die Ukraine. Foto: MA 68

Jahresbericht 2022

Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe



Übergabe der 16 Wiener Einsatzfahrzeuge in Košice (Slowakei) an ukrainische Feuerwehrleute. Foto: MA 68



Die Rettungsfahrzeuge nach der Überstellung in Transkarpatien (Ukraine). Foto: Feuerwehr Transkarpatien

Jahresbericht 2022

Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe



Das Wiener Rüstlöschfahrzeug bei der Verabschiedung vor der Zentralfeuerwache. Foto: MA 27



Das Wiener Rüstlöschfahrzeug im Einsatz in der Gemeinde Irpin. Foto: Gemeinde Irpin

3.3. Wiener Weihnachtsaktion für Kinder in der Ukraine

Im Dezember 2022 fand zum elften Mal die „Wiener Weihnachtsaktion für ukrainische Kinder“ in Zusammenarbeit mit der Österreichischen Botschaft in Kiew statt.

Die MA 48 stellte der MA 27 dazu zwei Paletten, gefüllt mit Winterbekleidung und Schuhen, zur Verfügung. Mit Kleintransportern der „Landlerhilfe“ wurden die Hilfsgüter nach Uschhorod gebracht, wo sie in Anwesenheit der Gesandten-Botschaftsrätin der Österreichischen Botschaft in der Ukraine, Sonja Schragen, sowie des Konsuls der Österreichischen Botschaft in der Ukraine, Fritz Pokorny, an die Wohltätigkeitsstiftung "Humanitäres Zentrum Eulennest" übergeben wurden.



Sonja Schragen und Fritz Pokorny (beide Mitte) bei der Übergabe. Foto: ÖB Kiew

3.4. Wien hilft Podgorica, Montenegro

Bürgermeister Michael Ludwig übergab am 7. Februar 2022 symbolisch im Wiener Rathaus ein großes Kontingent an FFP2-Masken, Schutzbrillen, Kopfhauben, Overalls und Einmalschürzen an die montenegrinische Geschäftsträgerin, Marija Lakic-Barfus. Die Stadt Wien stellte der Stadt Podgorica auf Anfrage die medizinischen Materialien zur Bekämpfung der Pandemie zur Verfügung. Die medizinische Ausrüstung wurde mit vier Sattelschleppern nach Montenegro transportiert, wo sie unmittelbar zum Einsatz kam und einen Beitrag zur Rettung von Menschenleben leisten konnte. Das Land am Westbalkan war besonders stark von Covid-19 betroffen und in den dortigen Spitälern herrschte ein großer Mangel an Schutzbekleidung. „Die Lieferung der Schutzausrüstung ist ein Akt der Solidarität zwischen Wien und Podgorica. Die Pandemie können wir nur durch internationale Zusammenarbeit beenden“, so Bürgermeister Michael Ludwig bei der Übergabe.

Die Wiener Hilfsgüter mit einem Gesamtgewicht von 35 Tonnen, konnten nach dem Transport bereits am 11. Februar 2022 vom Österreichischen Botschafter in Podgorica, Karl Müller, an den Bürgermeister von Podgorica, Ivan Vuković, übergeben werden.



v.l.n.r.: Marija Lakic-Barfus, Michael Ludwig. Foto: C. Jobst/PID

Jahresbericht 2022

Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe



Verladung von Covid-19-Schutzausrüstung im Pandemielager Wien-Aspern. Foto: MA 27



Hochwertige Schutzausrüstung aus Wien. Foto: MA 27

3.5. Spitalsgüter für die Republik Moldau

Moldau ist das ärmste Land Europas. Das Bruttonationaleinkommen beträgt 3.395 US-Dollar pro Kopf, zahlreiche Erwerbstätige arbeiten im informellen Sektor. Schätzungen zur derzeit in Moldau lebenden Bevölkerung gehen auseinander. Die Weltbank geht von 2,71 bis 3,52 Millionen Einwohner*innen aus. Moldau hat europaweit die höchste Arbeitsmigration, in den letzten zehn Jahren sind mehr als ein Drittel der arbeitsfähigen Bevölkerung und damit fast eine Million Staatsbürger*innen ins Ausland emigriert. Von der im Land verbliebenen Bevölkerung leben rund 10 Prozent unter der absoluten Armutsgrenze, rund 25 Prozent gelten als relativ arm. Infolge der Wirtschaftskrise und der internen politischen Krisen bleibt die Armut ein grundlegendes, vielschichtiges Problem, das vor allem ländliche Regionen, aber auch die urbane Bevölkerung betrifft. Die seit 2021 im Amt befindliche, pro-westliche Regierung stand 2022 vor zwei zusätzlichen Herausforderungen. Einerseits war Moldau besonders schwer von der Covid-19-Pandemie betroffen, was zu einer sehr hohen Infektions- und Sterblichkeitsrate führte, andererseits flüchteten Menschen aus der Ukraine in großer Zahl nach Moldau. Durchschnittlich hielten sich monatlich rund 100.000 Ukrainer*innen in Moldau auf.

Zur Unterstützung der öffentlichen Gesundheitseinrichtungen bei der Bewältigung der zusätzlichen Aufgaben, führte die Stadt Wien folgende Hilfstransporte in Kooperation mit der Österreichischen Botschaft in Chisinau durch:

- 3 LKWs mit der persönlichen Schutzausrüstung (insges. 25 t, Kopfhauben, Schutzkittel, Schürzen, Mund-Nasen-Schutz usw. für OP bzw. für Covid-19 zu verwenden) wurden im März in die Taraclia entsendet.
- 1 LKW brachte im Mai Betten, Matratzen, Rollstühle sowie Narkose- und Ultraschallgeräte nach Balti.
- 1 LKW lieferte im Oktober Spitalsbetten und medizintechnische Geräten in das Spital in Chisinau.



Spital in Balti mit den medizintechnischen Geräten aus Wien. Foto: ÖB Chisinau

Jahresbericht 2022

Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe



Botschafterin Stella Avallone (mit Urkunde) im Spital in Balti. Foto: ÖB Chisinau



Übergabe durch den österr. Sozialattaché, Gero Stuller (3.v.r) und Antonina Dranga (Mitte), ÖB Chisinau, an Vertreter*innen des moldauischen Gesundheitsdienstes. Foto: ÖB Chisinau

3.6. Hilfsgüter für Notunterkünfte in Warschau

Im März 2022 erreichte die Stadt Wien ein Hilferuf um Unterstützung aus der polnischen Hauptstadt Warschau. Zehntausende Menschen, die vor den Kampfhandlungen in der Ukraine geflüchtete waren, mussten kurzfristig in großräumigen Notunterkünften versorgt werden. Es mangelte vor allem an Matratzen, Bettwäsche und Schlafbekleidung. Auch auf diese Bitte konnte rasch mit der Entsendung der benötigten Güter per LKW reagiert werden.

Ein LKW wurde mit 8,5 Tonnen Bettwäsche, Bekleidung, Decken, Pölstern beladen und traf am 15. März in Warschau ein, wo die Güter zur Versorgung geflüchteter Menschen aus der Ukraine in einer Notunterkunft in Warschau Verwendung fanden. Drei LKWs wurden am 16. März in Wien mit 600 Matratzen (7,5 t) beladen und ebenso nach Warschau entsendet.



Matratzen für Notunterkünfte für Geflüchtete aus der Ukraine in Warschau. Foto: MA 27

3.7. Technische Hilfe für Bosnien-Herzegowina

Im Rahmen der Humanitären Hilfe setzt sich die Stadt Wien auch für Gemeinden in osteuropäischen Entwicklungsländern bei der Verbesserung ihrer kommunalen Infrastruktur ein. In Kooperation mit der MA 48 konnten zur Unterstützung von Entsorgungsbetrieben in Bosnien-Herzegowina zwei Fahrzeuge zur Verfügung gestellt werden. Die Gemeinde Travnik erhielt ein Saugfahrzeug und ein Winterdienstfahrzeug.



Das Saugfahrzeug aus Wien bei der Ankunft in Travnik. Foto: Entsorgungsbetriebe Travnik

3.8. Technische Hilfe für Nordmazedonien

Ein Müllsammelfahrzeug, das in Wien ausgemustert wurde, leistet künftig einen Beitrag für bessere Versorgungssicherheit in der Republik Nordmazedonien. Im Rahmen der Humanitären Hilfe der Stadt Wien wurde im Oktober 2022 ein Speziallastkraftwagen aus Beständen der Stadt Wien an die Gemeinde Resen abgegeben. Die Gemeinde befindet sich am Prespa-See, im Dreiländereck von Nordmazedonien, Albanien und Griechenland.

Nordmazedonien hat rund zwei Millionen Einwohner*innen und ist ein europäisches Entwicklungsland. Speziell im ländlichen Raum ist es stark von Armut, Abwanderung und chronischer Unterfinanzierung der öffentlichen Einrichtungen gekennzeichnet. Dementsprechend besteht auch in der Gemeinde Resen kein Budget zum Ankauf neuer Müllsammelfahrzeuge. Das wirkt sich negativ auf die Lebensqualität der Bevölkerung nieder. Das nun zur Verfügung gestellte Fahrzeug kann rund 12 Tonnen Müll aufnehmen und einer geordneten Entsorgung zuführen. Es wird damit noch viele Jahre einen wichtigen Beitrag zur kommunalen Abfallbeseitigung für die 9.000 in Resen lebenden Menschen leisten.



v.l.n.r. Bernhard Bouzek (MA 27), Osvit Rosoklija, Finka Serafimova (beide Nordmazedonische Botschaft), Živko Gošarevski (Bürgermeister von Resen), Zoran Kiprevski (Gemeinde Resen). Foto: MA 48

3.9. Unterstützung sonstiger humanitärer Hilfstransporte

Um bedürftige Menschen in den kriegsbedingt zerstörten Regionen Syriens dringend benötigte Hilfsgüter zu liefern, wurden in Zusammenarbeit mit der „Stiftung Korbgemeinschaft – Hilfe für Syrien“ die Transportkosten für einen 40 Fuß-Container mit einem Ladevolumen von 76 m³ mit Verbandsmaterial, Gehhilfen (Rollatoren/Krücken), Zimmer-WCs, Rollstühle, Bekleidung, Küchenutensilien, Krankenbetten, Inkontinenzeinlagen, Matratzen, Kinderspielzeug, Kinderwägen, Schultaschen, Schul- und Büromaterial usw. finanziert.



Verteilung der Hilfsgüter in Syrien. Foto: Korbgemeinschaft



4. Entwicklungspolitische Bildungsarbeit

4.1. Fachtagung "Entwicklung findet STADT"

Am 21. Oktober 2022 fand nach zweijähriger coronabedingter Pause wieder die Entwicklungspolitische Fachtagung der Stadt Wien statt. Die Abteilung Europäische Angelegenheiten (MA 27) und die Agentur Südwind luden unter dem Titel "Entwicklung findet STADT" fünf internationale Expert*innen in den Wappensaal des Wiener Rathauses, um neue Trends der Urbanisierung im Globalen Süden zu diskutieren.

Ian Banerjee, Stadtforscher an der TU Wien und seit 20 Jahren auf der Suche nach Erfolgsgeschichten in der Stadtplanung, informierte über die transformative Kraft von digitalen Plattformen. In den vergangenen 8 Jahren sind viele Projekte für innovative Partizipation von zuvor marginalisierten und in Armut lebenden Menschen entstanden. Gegenwärtig finden 80 Prozent des weltweiten Städtebaus im informellen Sektor statt, es braucht daher alternative Methoden, um Menschen eine Teilhabe am Wirtschaftsleben zu ermöglichen. Beispielsweise läuft die Wirtschaft Indiens zu 85 Prozent im informellen Sektor ab. Gleichzeitig hatte die Hälfte der Inder*innen 2014 kein Bankkonto und war somit von formalen Transfers und größeren Geldgeschäften ausgeschlossen. Durch das neue Bezahlssystem "Unified Payment Interface" ist es mittlerweile 80 Prozent der indischen Bevölkerung möglich, über das Handy Finanztransaktionen durchzuführen. Auf diese Weise erfolgen bereits jährlich 6,7 Milliarden Transaktionen mit einem Volumen von 140 Milliarden US-Dollar.

Hannes Lagrelius führte in die Arbeit der World Blind Union (WBU) ein, für die er in Nairobi arbeitet. Die WBU ist die globale Interessenvertretung blinder und sehbeeinträchtigter Menschen und hat Beraterstatus bei den UN-Organisationen. Der Bedarf an integrativen und barrierefreien Infrastrukturen und Dienstleistungen wird weiter ansteigen, denn 2050 werden über zwei Milliarden Menschen mit Behinderungen in städtischen Gebieten leben. Lagrelius ging es besonders um eine kontinuierliche und gleichberechtigte Zusammenarbeit mit Menschen mit Beeinträchtigungen.

Karin Küblböck, Ökonomin und Senior Researcher bei der Österreichischen Forschungsstiftung für internationale Entwicklung (ÖFSE), stellte die konkrete Vorgangsweise partizipativer Stadtentwicklungsprozesse in zwei Städten in Indien und Jordanien vor. Für sie ist es essentiell, dass der Dialog zwischen Wissenschaft und Zivilgesellschaft ausgebaut wird, damit Forderungen an die Politik gestellt werden können, die zielführend sind.

Julian Baskin, Direktor für Stadtentwicklung bei Cities Alliances, einer globalen Partnerschaft, die städtische Armut bekämpft und Städte dabei unterstützt, eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen, konzentrierte sich bei seinem Vortrag auf Städte in Afrika. Der Kontinent ist fast so urbanisiert wie China und weist genauso viele Städte mit über einer Million Einwohner*innen auf wie Europa. Zentral für ihn ist, dass nachhaltige Stadtentwicklung auch mit der Schaffung von menschenwürdiger Arbeit einhergeht. Sarah Habersack wurde live aus Brasilien zugeschaltet. Sie leitet dort den strategischen Bereich "Urbane Wandel" für die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). In ihren Beispielen zeigt sich, dass die Lösungen für Probleme innerhalb der Städte selbst zu finden sind und dass diese Lösungen

Jahresbericht 2022

Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe

immer häufiger in naturbasierten Ansätzen liegen. Für Habersack ist es von zentraler Bedeutung, dass die städtische Verwaltung offen und partizipativ umgesetzt wird und sich die Rolle des öffentlichen Sektors als Manager und Mediator des digitalen Wandels in Städten darstellt.

Auch wenn alle fünf Expert*innen aus ihrer jeweiligen Perspektive das Thema "Nachhaltige Städte - Leaving no one behind" beleuchteten, gab es doch eine bemerkenswerte Übereinstimmung: Partizipation ist ein wesentlicher Faktor für nachhaltige Transformation in Städten. Es braucht demnach Räume, in denen möglichst diverse Gruppen miteinander reden, Verantwortung übernehmen und gemeinsam Neues bewirken können.



v.l.n.r. Hannes Lagrelius, Bernhard Bouzek (MA 27), Natalie Plhak, Gemeinderat Peter Florianschütz, Ian Banerjee, Olivia Tischler und Julian Baskin. Foto: Südwind

4.2. Südwind Straßenfest

Die Stadt Wien unterstützte die entwicklungspolitische Bildungsarbeit, die durch das jährlich stattfindende Südwind Straßenfest geleistet wird. Die Veranstaltung am 14. und 15. Mai 2022 am Uni Campus im Alten AKH bot einem breiten Publikum die Möglichkeit, sich über die Arbeit von rund 45 entwicklungspolitischen Initiativen und Vereinen zu informieren. Weiters wurden Informationen zu Themen wie Menschenrechte, Umwelt und Kultur angeboten. Dies ermöglichte die Erschließung neuer Zielgruppen und die Durchführung neuer Formate für die Bewusstseinsbildung zur europäischen und internationalen Zusammenarbeit sowie zu den Zielen nachhaltiger Entwicklung. 25 öko-faire Unternehmen stellten ihre Produkte vor und luden zum nachhaltigen Einkaufen ein. Darüber hinaus fanden auf der Themenbühne Impulsvorträge und Diskussionsrunden zu entwicklungspolitischen Themen statt. Mit rund 7.000 Besucher*innen war das Südwind Straßenfest 2022 das größte entwicklungspolitische Event Österreichs.



Infostände am Straßenfest. Foto: Südwind

4.3. FIAN-Filmtage

Die Stadt Wien unterstützt seit vielen Jahren im Rahmen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Wien die FIAN-Filmtage. Die Veranstaltung mit dem Titel "Hunger.Macht.Profite - Die Filmtage zum Recht auf Nahrung" bieten einem breiten Publikum die Möglichkeit, sich über die entwicklungspolitischen Themen Land Grabbing, Hunger und das Recht auf Nahrung zu informieren. Vom 17.03. - 31.03.2022 und 21.04. - 07.05.2022 fanden zum 11. Mal die Filmtage zum Recht auf Nahrung in Wien, Niederösterreich, Oberösterreich, Tirol, Vorarlberg und der Steiermark statt. In Wien wurden vier Filmabende inklusive Filmgespräche im Zeitraum vom 17.03. – 20.03.2022 im Top Kino, Rahlgasse 1, 1060 Wien, organisiert. Die Projektträgerorganisationen waren FIAN Österreich, normale.at, ÖBV-Via Campesina Austria und Attac Österreich. Die bewährte Informationsveranstaltung wurde bereits zum elften Mal in Wien organisiert und konnte ca. 400 Besucher*innen zu entwicklungspolitischen Themen sensibilisieren.



Filmvorführungen mit Diskussionen. Foto: FIAN

Jahresbericht 2022

Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe

Impressum:

Stadt Wien

Magistratsabteilung 27 – Europäische Angelegenheiten

Friedrich-Schmidt-Platz 3

1082 Wien

Wien, 14. Februar 2023



Bernhard Bouzek

Telefon +43 1 4000 27086

bernhard.bouzek@wien.gv.at